

**Tagungsbericht zum
XX. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
am 23./24. Januar 2020 in Suhl**

von
Christopher Banditt

In mittlerweile guter Tradition fand auch 2020 das jährliche Kolloquium der von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderten Stipendiaten/-innen im Rahmen der Geschichtsmesse in Suhl statt. Die Messtage widmeten sich in Vorwegnahme des 30. Jubiläums der Deutschen Einheit dem Thema „*Neue Heimat, alte Grenzen? Gesellschaft und Transformation seit 1990*“. Dazu passte, dass zwei der im Kolloquium besprochenen Promotionsprojekte auch bereits deutsch-deutsche Entwicklungen in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre mit in den Blick nehmen.

Der erste Kolloquiumstag wurde zunächst von ULRICH MÄHLERT eingeleitet, der an dieser Stelle bekannt gab, dass er die Betreuung des Stipendiatenprogramms der Bundesstiftung abgeben und sich künftig innerhalb der Stiftung stärker der Ausstellungsorganisation und der Betreuung des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung widmen wird.

Daraufhin präsentierte als erste Stipendiatin SOPHIE LANGE ihr Projekt „*Deutsch-deutsche Umweltpolitik im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Ost-West-Konflikts, 1970–1994*“. LANGE, die sich im zweiten Förderjahr befindet und an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert, leitete ihr Referat mit einem Zitat Helmut Kohls aus dem Jahr 1984 ein, wonach „Belastungen der Umwelt wie schwefelsaure Rauchgase [...] nicht vor Mauern, Stacheldraht und Grenzsperrern halt[machen]“. Den grenzüberschreitenden Charakter von Umweltphänomenen und -problemen nimmt LANGE zum Ausgangspunkt, um die bilateralen Verhandlungen beider deutscher Staaten seit den 1970er-Jahren ins Zentrum ihrer Betrachtung zu stellen. Dabei geht es um die jeweilige Motivation, die Interaktionen und die Kommunikation der staatlichen Akteure. Als ein Resultat der bisherigen Forschung lassen sich vier Phasen ausmachen: erstens, die Jahre 1970–79, in denen es kaum zu gemeinsamen umweltpolitischen Verhandlungen kam; zweitens, kleinere Schritte und Einzelvereinbarungen (etwa zu bestimmten Gewässerproblemen) zwischen 1980 und 1984; darauf folgte die dritte Phase von 1984/85 bis 1987, die im Umweltabkommen zum Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik kulminierte; und der vierte Zeitabschnitt 1987–1994 umfasst konkrete

Arbeitsprogramme und schließlich das Erbe der gemeinsamen Initiativen im dann vereinten Deutschland.

Dabei kristallisieren sich mehrere grundlegende Motivlagen für die gemeinsamen Gespräche über den Schutz vor industrieller Umweltverschmutzung sowie für die Vereinbarungen über Müllexporte von West nach Ost heraus. Umweltpolitische Motive spielten demnach hinsichtlich bestimmter Einzelprobleme, wie zum Beispiel die Werraversalzung, eine Rolle. Während es der Bundesrepublik hierbei vornehmlich um den Schutz der Umwelt ging, stand für die DDR die Gewinnung von Sekundärrohstoffen im Vordergrund. Damit verbunden identifiziert die Promovendin wirtschaftliche Motivlagen. Zwar hat sich die DDR mit ihrem Insistieren auf das Nutzenprinzip, wonach der Nutznießer von Umweltschutzmaßnahmen diese zu finanzieren hat, gegenüber dem Pochen der Bundesrepublik auf das Verursacherprinzip durchgesetzt. Die Formel, dass die Bundesrepublik den DDR-Umweltschutz alimentierte, greift jedoch laut LANGE zu kurz. Sie exemplifizierte dies und die entsprechende politische Gemengelage am Beispiel des Schutzes der Röden, als hier mit dem Einbezug des Bundeslands Bayern ein tripartistisches Finanzierungsmodell implementiert wurde. Daneben zeigte LANGE auf, dass insbesondere für die Bundesrepublik bei den gemeinsamen Gesprächen ein deutschlandpolitisches Motiv wirkmächtig war. Der Anspruch der Bundesrepublik, die DDR informell als „Bundesland“ zu behandeln, schloss nicht aus, sie dennoch zugleich als Ausland zu betrachten. Nach der Verschärfung des Kalten Krieges wurden im Laufe der 1980er-Jahre gemeinsame Umweltschutzinitiativen als Vehikel für Entspannungspolitik genutzt. Daran, dass etwa die DDR regelmäßig den Beitrag der Umweltpolitik zur friedlichen Koexistenz hervorhob, lässt sich ein entspannungspolitisches Motiv ausmachen.

In der anschließenden Diskussion des Vortrags wurde ebendiese Frage behandelt, inwiefern der Kalte Krieg als Katalysator für deutsch-deutsche Umweltpolitik diene. LANGE verwies darauf, dass inmitten kriselnder Entspannung die beiden deutschen Staaten ein Themenfeld finden wollten, um wieder zu gemeinsamen Treffen und Gesprächen zusammenzukommen. Weiterhin wurden der Einfluss gesellschaftlicher Umweltbewegungen in beiden deutschen Staaten und deren mögliche Vernetzungen besprochen. Die Referentin legte dar, dass diese Bewegungen – beispielsweise Protagonisten der Waldsterbensdebatte – in ihrer Dissertation durchaus eine Rolle spielen. Und auch hat es entsprechende grenzübergreifende Kontakte gegeben – etwa zwischen westdeutschen Grünen und ostdeutscher Umweltbibliothek. Nichtsdestotrotz sollen die zwischenstaatlichen Verhandlungen den Vorrang in der Untersuchung haben. Zur Frage, warum sich der

Untersuchungszeitraum über die deutsche Vereinigung hinweg erstreckt, bekräftigte SOPHIE LANGE, dass sie die konkreten Ergebnisse und Auswirkungen der deutsch-deutschen Umweltpolitik ebenfalls abbilden möchte. Denn Umweltprobleme reichen auch über historische Wegmarken hinaus.

Den abschließenden Vortrag dieses Kolloquiumstags hielt HELENA GAND, die im ersten Jahr ihrer Promotion gefördert wird und am Berliner Kolleg Kalter Krieg angesiedelt ist. Nach ersten erfolgten Archivrecherchen erhoffte sie sich ein Feedback zu ihrem Projekt *„Auf dem Weg zur ‚inneren Einheit‘? Zukunftserwartungen und Emotionen im deutsch-deutschen Transformationsprozess, 1989–1995“*. Als Aufhänger für die Präsentation hatte sie einen Artikel der Zeitschrift SUPERillu gewählt, die im Jahr 1991 ihre ostdeutsche Leserschaft fragte: „Wessi werden oder Ossi bleiben?“ Daran anknüpfend konstatierte GAND, dass nach 1990 medial mehr Trennendes als Einigendes zwischen beiden deutschen Landesteilen verhandelt wurde, was zu einer Festschreibung der Trennung geführt hat. Nach der staatlichen Einheit wurden Fragen zur mentalen und kulturellen Einheit brisant. Hierzu untersucht die Doktorandin damalige Zukunftserwartungen hinsichtlich der „inneren Einheit“ von verschiedenen Akteure/-innen, wie Bundestags- und Volkskammerabgeordnete, ost- und westdeutsche Bürgerrechts- und Reformgruppen oder gesellschaftliche Minderheiten. So fragte beispielsweise die Grünen-Politikerin Antje Vollmer 1990, „[w]arum wir in diese deutsche Einheit [gehen], wie in die Fabrik am Montagmorgen?“ Hauptsächlich auf (teil-) öffentliche Diskurse auf emotional-mentaler Ebene fokussiert sich GAND in ihrer Arbeit, die sie insgesamt in der historischen Zukunftsforschung verortet.

Folgenden Leitfragen geht das Projekt dabei nach: Welche Hoffnungen und Ängste hegte die deutsch-deutsche Bevölkerung im Einigungsprozess? Wann setzte eine Hoffnung auf die „innere Einheit“ überhaupt ein? Und welche Konzepte zu ihrer Herstellung lagen seinerzeit vor beziehungsweise welche entsprechenden Debatten wurden dazu geführt? Zum Diskurs um die innere Einheit zählen für GAND insbesondere die Diskussionen um nationale Symbole, wie Hauptstadt, Flagge oder Nationalfeiertag des vereinten Deutschlands. Da gerade auch die Erinnerungspolitik der Identifikation und Integration dient, werden fernerhin Museen, wie das Haus der Geschichte und das Deutsche Historische Museum, und deren Vermittlungskonzeptionen in die Untersuchung einbezogen. Einen ganz anderen identifikationsstiftenden Beitrag kann das sogenannte „Othering“ im Sinne einer Schaffung von Alterität leisten. Zur Vertiefung dieses Aspekts beschäftigt sich GAND in ihrem

Promotionsprojekt überdies mit territorialstaatlichen Debatten, rechtsradikalen Eruptionen und den „Ossi-Wessi“-Verhandlungen in den 1990er-Jahren.

Die folgende Diskussion bot der Referentin Gelegenheit, begriffliche und methodische Aspekte ihrer Arbeit weiter zu schärfen. Sie führte aus, dass unter „innerer Einheit“ der Abbau der „Mauer in den Köpfen“ zu verstehen ist und dass sie bei ihrer Analyse der textlichen Archivalien hermeneutisch vorgeht. Von den Diskutanten kam die Anregung, auch Ego-Dokumente oder die Überlieferungen der Umfrage- und Meinungsforschung als Quellen einzubeziehen, umso gleichsam die Breite der betrachteten Akteursgruppen und Bevölkerungsschichten zu erhöhen. Hierzu verwies HELENA GAND darauf, dass etwa die untersuchten Bundestagsabgeordneten als Vertreter des Volkes eine gewisse Repräsentativität mitbringen und quantitatives Umfragematerial nur eine begrenzt tiefenscharfe Emotionsgeschichte zulässt.

Da die Stipendiatin NADINE JENKE ihr Projekt (*„NS-Verfolgte als Akteure der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der DDR, Bundesrepublik und in Österreich. Eine vergleichend-verflechtungsgeschichtliche Perspektive“*) krankheitsbedingt leider nicht präsentieren konnte, gestaltete sich der zweite Kolloquiumstag mit einem Referat vergleichsweise kurz.

Dieses wurde gehalten von LIVIA BREMMEL, die sich am Beginn der Förderung befindet und am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf promoviert. Sie stellte ihr Forschungsprojekt über die *„Psychiatrische Versorgung von Soldaten und Kriegsheimkehrern nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ und frühen DDR (1945–1963) am Beispiel der Landesheil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen“* vor. Zur historischen Einordnung referierte BREMMEL zunächst, dass sich 1945 rund 11 Millionen Wehrmachtssoldaten in Kriegsgefangenschaft befanden: zwei Drittel auf Seiten der Westalliierten und ein Drittel bei der Sowjetunion. Der Großteil wurde bis 1947 entlassen. Die Untersuchung der Gruppe ehemaliger Wehrmachtssoldaten lässt bestimmte Ambivalenzen hervortreten: schließlich handelte es sich bei ihnen einerseits um Angehörige einer Angriffsarmee, andererseits aber auch um seelisch Verletzte. Generell findet eine Thematisierung der Reintegration von Kriegsheimkehrern erst seit Ende des Kalten Krieges statt. Die konkrete Behandlung psychisch-erkrankter Kriegsteilnehmer ist allerdings ohne Zugang zu individuellen Krankenakten kaum zu untersuchen. Hier setzt das Promotionsprojekt an, um den spezifischen Umgang mit ehemaligen Soldaten und die Verarbeitung von Gewalterfahrungen in der SBZ und frühen DDR zu erforschen.

BREMMELS Untersuchungsinteresse gilt traumatisierten Soldaten und Kriegsheimkehrern sowie deren ideologisch-fachlicher Behandlung. Dabei geht es auch um mögliche Veränderungen der Behandlungs- und Versorgungssituation im Zeitverlauf. Hierfür betrachtet die Promovendin, erstens, die Makroebene der Rahmenbedingungen der psychiatrischen Versorgung, der Unterbringungssysteme und der Sozialfürsorge. Zugleich zählen die öffentliche Wahrnehmung und die Fachdiskussion über Psychiatrie und Krieg zu dieser Sphäre. Zweitens sind die konkrete Versorgungssituation der Behandelten in der Anstalt Leipzig-Dösen sowie die Interaktion der dortigen Angestellten mit den Patienten und deren Angehörigen als Mikroebene relevant. Die entsprechende Primärquelle stellen überlieferte Krankenakten dar, zu denen in Leipzig-Dösen ein guter archivalischer Zugang besteht. Da überdies ausreichendes Kontextmaterial zu dieser Anstalt vorliegt, wurde sie von BREMMEL als Fallbeispiel ausgewählt. Der zunächst deskriptiv-quantitativen Erfassung der 294 nutzbaren Krankenakten, die etwa soziodemographische Auswertungen gestattet, folgt die qualitative Analyse anhand der Anamnese- und Behandlungsprotokollierungen. In einem dritten Schritt möchte BREMMEL über die Synthese der Makro- und Mikroebene das Spannungsfeld zwischen zwangsstaatlicher Steuerung und dem Eigen-Sinn der Patienten ausleuchten.

Im Anschluss an den Vortrag wurde aus der Runde die Anregung formuliert, die Heilanstalt als quasi Mesoebene und das Personal als Untersuchungsgegenstand noch mit einzubeziehen. Zudem wurde gefragt, wie repräsentativ das Fallbeispiel Leipzig-Dösen ist. Die Referentin beschrieb vor dem Hintergrund, dass im betrachteten Zeitraum die zentrale staatliche Führung noch weniger stark ausgeprägt gewesen ist, die besondere Relevanz der Anstalt und ihrer Leitung für die Patientenversorgung. Insbesondere aufgrund des großen Einflusses der jeweiligen Anstaltsleitung fällt es jedoch schwer zu bestimmen, wie emblematisch Leipzig-Dösen für die ostdeutsche Anstaltskultur war. Dahingegen bieten die untersuchten Patientenakten ein repräsentatives Bild traumatisierter Kriegsteilnehmer, wenngleich sich deren gesamte Dunkelziffer nicht ohne weiteres bestimmen lässt. Weiterhin spezifizierte BREMMEL in der Diskussion den Begriff der Kriegsheimkehrer, die, anders als Soldaten, als ehemalige Kriegsgefangene erst später aus dem Krieg zurückkehrten. Wie tief sich die beiden untersuchten Gruppen soziodemographisch differenzieren und analysieren lassen (beispielsweise nach Dienstgrad und Waffengattung), ist aktuell im Projekt noch nicht absehbar. Fest steht aber bereits, dass die Patienten nicht allein an der Ostfront, sondern an verschiedenen Einsatzorten ihren Dienst zu verrichten hatten. Befragt nach möglichen Resultaten zur erinnerungspolitischen Diskussion, bekräftigte LIVIA BREMMEL ihre These, dass das Sprechen

über ehemalige Wehrmachtsangehörige in den Kategorien „Kriegstäter“ und „Kriegsopfer“ den Umgang mit ihrer Doppelrolle bedingte.

In der Abschlussrunde wurden die hohe Qualität der Vorträge und der gewohnt konstruktive und gewinnbringende Umgang im Kolloquium betont. Daneben wurde an den Stipendiaten/-innen-Stammtisch erinnert, der die Möglichkeit eines regelmäßigen Austauschs untereinander bietet. Schließlich dankten die Stipendiaten/-innen einmütig ULRICH MÄHLERT für sein langjähriges und intensives Engagement als Betreuer des Stipendienprogramms der Bundesstiftung. Im Gegenzug bekräftigte dieser, wie viel Freude ihm die zwei Jahrzehnte in dieser Tätigkeit bereitet haben und dass die geförderten Projekte für ihn immer auch sein „heißer Draht“ zur aktuellen Forschung gewesen sind. Für die Zukunft ermunterte MÄHLERT die Stipendiaten/-innen zu mehr Wissenschaftstransfer aus ihren Promotionsprojekten in beispielsweise die Ausstellungen der Bundesstiftung Aufarbeitung.